

# Danziger Zeitung.

No 17161

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Insertate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Telegr. Nachrichten der Danziger Ztg.

Berlin, 8. Juli. Die Post von dem am 23. Mai von Sydneys abgegangenen Reichs-Postdampfer „Hohenstaufen“ gelangt in Berlin am 10. d. früh zur Ausgabe.

Rom, 8. Juli. Der König ist heute früh hier eingetroffen.

Rom, 8. Juli. Wie die Agenzia Stefani meldet, ist Italien der Guez-Convention beigetreten.

Marseille, 8. Juli. In dem heute hier veranstalteten Arbeiter-Meeting, das über Maßregeln zur Verhinderung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter berathen sollte, kam es bei der Bildung des Bureaus, wobei sich die sog. Nationalisten und die Socialisten gegenüberstanden, zu tumultuarischen Vorgängen und so argen Thätschlichkeiten, daß die Polizei den Saal räumen mußte. Mehrere Personen wurden verwundet.

Bukarest, 8. Juli. Bacarescu ist zum Gesandten in Wien ernannt worden. Der bisherige Gesandte in Belgrad, Ghika, ist nach Athen und der diplomatische Agent, Generalconsul Beldimano in Sofia, nach Belgrad versetzt; zum diplomatischen Agenten in Sofia wurde Djuvara ernannt.

Sofia, 8. Juli. Die Delegirten der Regierung Tenew und Belschem sind gestern nach London abgereist, um eine endliche Regelung der Angelegenheit betreffend den Bau der Eisenbahn Barna-Russischuk herbeizuführen.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Juli.

## Der Schlachtplan für die nächsten Landtagswahlen

wird immer durchsichtiger. Die öffentliche Verhandlung hat ganz klar gestellt — wir verdanken dies besonders einer offensichtlichen Auseinandersetzung der freiconservativen „Post“, welche sich auch die Berliner „Nat.-Itg.“ mit Genugthuung angeeignet hat — daß es sich bei dem Krieg innerhalb der Cartellkreise durchaus nicht in erster Linie um principielle Gegenseitigkeiten, sondern um taktische Rücksichten handelt. Die äußerste Rechte soll einstweilen in den Hintergrund geschoben, nicht etwa ausgeschlossen werden, damit die „Gemäßigten“ mehr Anziehungskraft nach links entwickeln können. Das Cartell wird also stillschweigend in anderer Form aufs neue lebendig werden, vor allem, um die Freisinnigen zu bekämpfen. Gegen diese gilt nach wie vor die Hauptaktion und besonders mit Rücksicht auf die in 1½ Jahren bevorstehenden Reichstagswahlen, welchen man mit Sorgen entgegen sieht. Deshalb wird auch wie auf Commando wieder einmal von national-liberalen, conservativen und freiconservativen Zeitungen das Märchen von dem feindselig-ultramontanen Bündnis aufgewärmt. Diese große Lüge ist schon oft widerlegt. Wer hat die höheren Jölle, die ganze neuere Wirtschaftspolitik gemacht? Conservative, Centrum und ein Theil der National-liberalen im Bunde. Wer die Verschlechterungen der Gewerbegefechte? Centrum und Conservative. Wer steht im Vorbergrunde des Kampfes für die neue Sozialpolitik? Conservative und Centrum — und neuerdings auch die Nationalliberalen. Unwahr ist es, daß Freisinnige und Centrum dieselbe Haltung beim Schulgesetz hatten. Das Centrum war gegen dieses Gesetz, die Freisinnigen dagegen haben von vornherein für die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage gestimmt und gesprochen, nur verlangten sie die Annahme einer Bestimmung, welche einen Paragraphen der Verfassung ändert. Allerdings in Fragen des Verfassungsrechts, der Aufrechterhaltung der Volksrechte wird die freisinnige Partei auch in Zukunft mit jeder Partei zusammengehören, die diese Rechte wahrt. Gegen die fünfjährigen Legislaturperioden haben Freisinnige und Centrum gegen die Cartellparteien gestimmt, aber bei den anderen Errungenschaften, Brannweinsteuer, Jölle etc., war von einem freisinnig-ultramontanen Bündnis nicht die Rede, da waren die Cartellparteien im Bunde mit dem Centrum!

## Die Ansichten über die Bedeutung der Kaiserreise nach Petersburg

nehmen mit der Zeit an Mannigfaltigkeit zu, ohne dadurch an Klarheit und Bestimmtheit zu gewinnen. Während auf der einen Seite davon gewarnt wird, übertriebene Hoffnungen auf die Entrevue zu setzen, versteigen sich andere zu der inhalts schweren Behauptung, daß von dieser Kaiserreise die nächste Zukunft Europas abhänge. Auch die Offiziösen der an der Entrevue zumeist und zunächst beteiligten Länder scheinen für diesen Fall mit entsprechenden Anweisungen nicht versehen worden zu sein; wenigstens lassen ihre bezüglichen Aeußerungen wenig Übereinstimmung erkennen und weisen vielmehr vielfache Widersprüche auf.

Nicht ohne Interesse ist in dieser Hinsicht eine neueste Aeußerung des russisch-offiziösen „Nord“ in Brüssel, welche allerdings eine wesentliche Änderung der österreichischen Politik in Bezug auf Bulgarien als das mutmaßliche Ergebnis der Kaiserbegegnung in Petershof erhofft. Es wird darin ausgeführt, daß bei dieser Gelegenheit die deutsche Diplomatie davon überzeugt werden würde, daß es nothwendig sei, daß Österreich seine bulgarische Politik ändere, mit einem Worte, der Zustand der Dinge, wie er vor dem Philippopeler Staatsstreich bestand, wiederhergestellt werde. Auf der anderen Seite wird, wie um die Beklemmungen der österreichischen Diplomatie nicht überhand nehmen zu lassen, nach Wien gleichfalls offiziös gemeldet,

dass eine ernsthafte Änderung der russischen Politik deshalb nicht wahrscheinlich sei, weil man die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Österreich voll zu würdigen wisse.

In Frankreich befestigt sich die pessimistische Stimmung immer mehr und hat zu dem bereits charakterisierten Vorschlage einer französisch-russischen Allianz geführt, der in Österreich keine ernsthafte Beachtung findet, ob er gleich von einem angeseheneren Blatte ausgeht. In Berlin dagegen beginnt man jetzt an die Kaiserreise Hoffnungen auf eine günstigere Gestaltung unseres handelspolitischen Verhältnisses zu dem östlichen Nachbarreiche zu knüpfen. Die Börse am Sonnabend war ganz von dem Gedanken beherrscht, daß als erste Frucht der Kaiserreise die Aufhebung des Verbots der Beleihung russischer Werthe durch die Reichsbank und die Seehandlung erfolgen werde. Diese Zuversicht kam in einem sehr umfangreichen Geschäft in russischen Noten und einer Courssteigerung von etwa drei Prozent zum Ausdruck. Die Börse ist eben unverträglich optimistisch und vergißt, daß an die letzte Anwesenheit des Zaren in Berlin sich die gleiche Hoffnung geknüpft hatte, die aber durch eine abermalige Steigerung der russischen Einfuhrölle zu Schanden wurde.

Ob diese Kaiser-Entrevue unmittelbar zu einem wirtschaftspolitisch günstigeren Verhältnisse zwischen beiden Reichen führen wird, ist nicht ohne weiteres zu bejahen. Zufrieden könnten wir schon sein, wenn sie zunächst zu einer milderen Handhabung des Fremdenkäsus führt.

## „Vornehme“ Kampfesweise.

Unsere Leser werden es begreiflich finden, wenn wir die Angriffe, welche der Abg. Schrader in den hochconservativen Zeitungen in diesen Wochen findet, nicht mit Stillschweigen hinnehmen. Herr Schrader ist der Reichstagsabgeordnete des Stadtkreises Danzig, und die Wählerschaft unserer Stadt wird es erwarten, daß wir, soweit es an uns ist, die Angriffe der Gegner in dieser überaus traurigen und beschämenden Angelegenheit beleuchten.

Die „Kreuzzeitung“ entblödet sich nicht, in ihrer letzten, heute hier angekommenen Nummer nochmals zu erklären, daß der Abg. Schrader der „unstreitig hauptbeteiligte“ bei den letzten Vorgängen während der Regierungszeit des verewigten Kaisers Friedrich gewesen. Es genügt ihr nicht, daß die Berliner „Liberales Correspondenz“ alle die aus der Luft gegriffen Behauptungen des „Reichsboten“ und der „Kreuz.“ für eine „böswillige Verdächtigung“ zu erklären ermächtigt war. Die „Kreuz.“ fährt dann wörtlich fort:

Damit allein werden die gegen ihn gerichteten Angriffe ebenso wenig entkräftet, wie mit der Behauptung, daß der Beweis dem obliegt, der die Anschuldigung vorgebracht. Was im Rechtsleben gilt, nimmt sich auf dem politischen Gebiete oft ganz anders aus. Niemand wird so leicht glauben, daß derartiges einfach aus der Luft gegriffen, „ähnlich“ erfunden sei, um — ja um einen verhältnismäßig unschädlichen Mann zu treffen. „Was ist uns Heuba?“ — d. h. in diesem Falle Herr Schrader. — Trotzdem wiederholen wir, daß bis jetzt nur von Gerüchten, noch nicht von feststehenden Thatfachen die Rede ist. Warum geht denn Herr Schrader nicht gegen diejenigen vor, die er als die Verbreiter dieser Gerüchte ansieht? Es ist ja möglich, daß sich bei dieser Gelegenheit herausstellt, daß er in der That verleumdet worden ist, — trotz der unter dieser Vorauseitung unverständlichen Aufregung, welche die ganz allgemein gehaltene Bemerkung der „Reichsboten“ über „Handschreiber-Gleichung“ in der freisinnigen Presse hervorgerufen hat.

Die „Kreuz.“ schließt ihren Artikel damit, daß sie „darauf dringt (!!) daß Klarheit geschaffen werde“. Sie gibt zu, daß Herr Schrader nicht besonders wohl wolle, aber sie möchte ihm auch nicht Unrecht thun und deshalb wünsche sie volle Ausklärung.

Die „Kreuz.“ ist bekanntlich das Hauptblatt unserer hochconservativen, vornehmen, aristokratischen Gesellschaft. Was sollen die einfachen, schlichten, bürgerlichen Leute im Lande wohl für Begriffe bekommen über die Art und Weise des im öffentlichen Leben zu beobachtenden Anstandes, wenn ein so „vornehmes“ Blatt eine solche Kampfesmanier entwickeln darf? Irgend eine Behauptung wird in ganz vager, unbestimmter Weise in die Öffentlichkeit geschleudert unter Anspruch auf bestimmte Personen. Diese Behauptung wird durch ein autoritätes Organ für eine „böswillige Verdächtigung“ erklärt. Trotzdem verlangen die Urheber und Verbreiter der Behauptung, als ob nichts geschehen wäre, Herr Schrader müßte noch den Beweis führen, daß er unbeschuldigt sei. Wie soll er den Beweis führen? Wen soll er zum Zeugen anrufen? Die „Kreuzzeitung“ ist doch so beschränkt nicht, daß sie annehmen könnte, der Abgeordnete Schrader würde sich dazu verstellen, gegen den „Reichsboten“ und die „Kreuz.“ den Staatsanwalt anzurufen! Ganz abgesehen davon, daß es nicht nach dem Geschmack freisinniger Männer ist, gegen die Presse den Staatsanwalt anzuwerfen — würden nicht die Herren, wie auch die „Kreuzzeitung“ schon in dem erwähnten Artikel erklärt, sich dahinter zurückziehen, daß sie ja garnicht bestimmte Thatfachen behauptet, sondern nur ganz im allgemeinen von gewissen Gerüchten gesprochen? Und trotz alledem „dringt“ das edle Organ auf Klarheit!

Diese Kampfesart richtet sich von selbst. Wir glauben, daß auch die Leser der hochconservativen Zeitungen eine Empfindung dafür haben werden, wie ihre Organe alle Regeln des politischen Anstandes bei dieser Gelegenheit verletzt haben. Es ist schon mitgetheilt worden, daß der Abg. Schrader, der allerdings in Folge seiner Tätigkeit bei den humanitären Anstalten

und Einrichtungen mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm persönliche Beziehungen hatte, ihn seitdem derselbe aus San Remo als Kaiser nach Berlin gekommen, bis zu seinem Tode nicht gesehen und gesprochen hat. Verlangt die „Kreuz.“ — auch die „Nat.-Itg.“ — hatte ja von dem Alatsch ausführlich Notiz genommen —, daß Herr Schrader das und ferner beschwören soll, daß er auch den Brief nicht entworfen, welchen der Kaiser Friedrich an Hrn. v. Puttkamer gesandt hat?

Man müßte die Empfehlung bekommen, als befände man sich in einem Narrenhause, wenn nicht die Bosheit und Heimücke, die zwischen den Zeilen dieser Ergüsse in der „Kreuz.“ etc. hervorsieht, auf die rassistischste Überlegung hinweise. Um das Maß der Verachtung, welche sich die „Kreuz.-Itg.“ mit einem solchen Gebaren zieht, braucht sich das „vornehme“ Blatt freilich nicht zu kümmern; denn dieses Maß ist schon längst übervoll.

## Die Alters- und Invalidenversorgung.

Die Beschlüsse der Bundesräthsversammlungen zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter, liegen, wie bereits vorgestern telegraphisch mitgetheilt wurde, nunmehr im Wortlaute vor. Wir theilen den Anfang des wichtigen, ziemlich umfangreichen Aktenstückes an anderer Stelle des Blattes mit; die Fortsetzung wird morgen folgen. — Die neue Fassung der Vorlage unterscheidet sich von dem ursprünglichen Entwurf in folgenden wesentlichen Punkten:

Die Invalidenrente bleibt bei Männern auf jährlich 120 Mk., bei Frauen auf 80 Mk. festgesetzt. Nach der Vorlage sollte die Rente nach Ablauf der ersten 15 Beitragsjahre für jedes vollendete Beitragsjahr um je 4 Mk. jährlich bis zum Höchstbetrag von 250 Mk. steigen. Nach den Ausschussschlüssen tritt die Steigerung sofort nach Ablauf der Wartezeit ein und beträgt die Steigerung während der ersten 15 Jahre je 2 Mk., in den folgenden 20 Jahren 3 Mk., von da ab 4 Mk. jährlich. Der Höchstbetrag von 250 Mk. wird demnach nach den Ausschusstragenden in 45 Beitragsjahren erreicht, während nach der Vorlage 48 Beitragsjahre notwendig waren. Der Höchstbetrag der Rente würde demnach bei Personen, welche mit dem Beginn des 19. Lebensjahrs in eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung eingetreten sind, nach Ablauf von 63 (statt 66) Lebensjahren erreicht werden. Bezuglich der Altersrente, welche mit dem Beginn des 71. Lebensjahrs in Höhe von 120 Mark gewährt wird, bleibt es bei den Bestimmungen der Vorlage. Die wesentliche Änderung haben die Bestimmungen über die Organisation der Versicherung erfahren. Nach § 27 erfolgt dieselbe durch Versicherungsanstalten, welche nach Bestimmungen der Landesregierungen für weitere Communalverbände ihres Gebiets oder für das Gebiet des Bundesstaats errichtet werden. Auch kann für mehrere Bundesstaaten oder Gebietsteile derselben, sowie für mehrere weitere Communalverbände ihres Gebiets oder für das Gebiet mehrerer Communalverbände eines Bundesstaats eine gemeinsame Versicherungsanstalt errichtet werden. Nach der Vorlage sollte bekanntlich die Versicherung durch die zur Durchführung der Unfallversicherung errichteten Verfassungsgenossenschaften erfolgen.

## Königin Natalie und ihr Sohn.

Vom rein menschlichen Standpunkte aus wird man der Königin Natalie ein tiefs Bedauern nicht vorenthalten können. Sie steht im Begriff, von ihrem einzigen Sohne getrennt zu werden, welches der König Milan zurücksordert und zu fordern ein Recht hat. Der König ließ seinen Sohn, den am 14. August 1876 geborenen Kronprinzen Alexander, so lange unter Aufsicht seiner Mutter, als diese seine Gemahlin war. In dem Momente, wo der serbische Herrscher seiner Absicht, sich von der Königin zu scheiden, in einem der Belgrader Synode übermittelten Schreiben thatsächlichen Ausdruck gegeben, erwuchs die aus höheren Staatsgründen entsprungene Nothwendigkeit, den Thronerben von der Seite der Mutter zu trennen und ihm im Lande die fernere Erziehung zu gewähren. Sicherem Vernehmen nach macht die Königin Natalie noch Schwierigkeiten und weigert sich, ihr einziges Kind ziehen zu lassen. Die Rechte des königlichen Vaters sind aber so fest begründet, daß es keinem Zweifel unterliegt, daß die Königin denselben auch dann Rechnung tragen werde, wenn sie aus freien Stücken dies nicht thun möchte. Natürlich muß, falls der Scheidungsprozeß weiter geführt wird, der von der kirchlichen Gesetzgebung vorgeschriebene Weg eingeschlagen und daher die Gemahlin des Königs zur Abgabe einer Gegenerklärung aufgefordert werden, was auch in den nächsten Tagen geschehen dürfte. Indessen darf hinzugefügt werden, daß von dem Inhalte dieser Gegenerklärung der Ausgang dieses Scheidungs-Prozesses nicht abhängt.

Die Siedlung des serbischen Kriegsministers Brotić zur Königin nach Wiesbaden soll den Trocken haben, den Kronprinzen abzuholen und nach Belgrad zu geleiten. Einem der „Post“ aus Wien gemeldeten Gerüchte zufolge soll sich die Königin unter den Schutz des russischen Consulates gestellt haben. Ob an dem Trocken etwas Wahres ist, ist nicht festzustellen; der in Wiesbaden erscheinende „Rheinische Courier“ weiß jedenfalls nichts davon. Doch taucht auch von anderer Seite die Nachricht auf, daß die Königin russische Hilfe anstrebe; so meldet die „Post. Itg.“ aus Petersburg: In Anlehnung an die Königin von Serbien empfing angeblich die Großfürstin Katharina die Gemahlin des serbischen Gesandten. Dieselbe übermittelte der

Großfürstin die Bitte der Königin Natalie, für sie beim Zaren interveniren zu wollen.

Über die politischen Gesinnungen der Königin Natalie erhält das „D. Montagsbl.“ von einer „guten Seite“ folgende Mitteilung: Der 90. Geburtstag Kaiser Wilhelms I. wurde bekanntlich nicht allein in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten mit besonderer Feierlichkeit begangen. König Milan wollte seiner Verehrung für den greisen Heldenkaiser in der solensten Form Ausdruck geben und erschien plötzlich in Gala auf der deutschen Gesellschaft in Belgrad, um seine Glückwünsche darzubringen: ein Vorgang, den übrigens damals auch mehrere Souveräne viel größerer Staaten als Serbien beobachteten. Als König Milan von der Gratulation zurückkehrte, sprach sich Königin Natalie in Gegenwart mehrerer Persönlichkeiten höchst abfällig über „solchen Servilismus“ aus, wobei sie auch gedroht haben soll, „in den Adern des Königs von Serbien müsse Domestikenblut rollen“.

Es muß natürlich auch bei dieser Angabe, wie bei so manchen anderen Mitteilungen über diese pikante Scheidungssäffäre dahingestellt bleiben, ob sie in allen Punkten zutreffend ist. — Der formelle Vollzug der Scheidung wird erst im September oder Oktober erwartet.

## Die Vermundshaftfrage in Holland.

Morgen wird die zweite Kammer zusammentreten, um noch in dieser Session die nothwendigsten Angelegenheiten zu erledigen. Nun ist auch die erste Kammer auf den 16. Juli einberufen, um in gemeinschaftlicher Sitzung mit der zweiten Kammer die Vermundshaftfrage endgültig zu ordnen. Durch die neue Verfassung ist bereits bestimmt, daß beim Ableben des Königs die junge Prinzessin Wilhelmina den Thron bestiegen soll, allein die Anordnung über die Vermundshaft, im Falle daß die Prinzessin bei der Thronfolge noch nicht mündig ist, wurde einem besonderen Gesetz überlassen. In Rücksicht auf das hohe Alter und die unsichere Gesundheit des Königs wünscht jetzt das Ministerium auch die Vermundshaftfrage endgültig zu ordnen, und es hat daher einen der Verfassung entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, damit auch diese Angelegenheit noch vor dem Abschluß der diesjährigen Kammersession erledigt werde. Die genauen Bestimmungen dieses Entwurfes sind zwar noch nicht zur öffentlichen Kenntniß gebracht, allein die Ungemach in dieser Hinsicht bezieht sich nur auf die Frage, welche Personen außer der Königin zur Ausübung der Vermundshaft berufen werden sollen. Es gilt bereits als ausgemacht, daß die Vermundshaft der Königin Emma übertragen werden wird, allein der Verfassung gemäß müssen auch einige angesehene Niederländer sich an der Vermundshaft beteiligen. Diese Bestimmungen genau festzustellen und die Mitglieder eines eventuellen Vermundshaftsrates zu bezeichnen, ist der Zweck des angekündigten Gesetzentwurfes, welcher der Verfassung zufolge nur in einer gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Kammer zur Erörterung gebracht werden darf.

## Entwurf eines Gesetzes betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen u. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

## I. Umsang und Gegenstand der Versicherung.

## Umfang.

S. 1. Gegen die Erwerbsunfähigkeit, welche in Folge von Alter, Krankheit oder von nicht durch reichsgesetzliche Unfallversicherung gedeckten Unfällen eintritt, werden vom vollendeten sechzehnten Lebensjahre ab nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen versichert:

a. Personen, welche als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrer oder Dienstboten gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden;

b. Betriebsbeamte, sowie Handlungsgesellen und Lehrlinge (einschließlich der in Apotheken beschäftigten Gesellen und Lehrlinge), welche Lohn oder Gehalt beziehen, deren regelmäßiger Jahresarbeitsvertrag an Lohn oder Gehalt aber 2000 Mk. nicht übersteigt, sowie

c. die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen der Schiffsbesatzung deutscher Seegefaßzeuge (S. 2 des Gesetzes vom 13. Juli 1887, Reichs-Gesetzbl. S. 329) und Flussfahrzeuge. Die Führung der Reichsflagge auf Grund der gemäß Artikel II. S. 7 Abs. 1 des Gesetzes vom 15. März 1888 (Reichs-Gesetzbl. S. 71) ertheilten Ermächtigung macht das Schiff nicht zu einem deutschen Seegefaßzeuge im Sinne dieses Gesetzes.

Personen, welche berufsmäßig einzelne persönliche Dienstleistungen bei wechselnden Arbeitgebern übernehmen, gelten nicht als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes.

Durch Beschluß des Bundesraths kann die Bestimmung des Absatzes 1 auch auf die im Absatz 2 bezeichneten Personen, auf Betriebsunternehmer, welche nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen, sowie ohne Rücksicht auf die Zahl der von ihnen beschäftigten Lohnarbeiter auf solche selbstständige Gewerbetreibende erstreckt werden, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausgewerbetreibende), und zwar auf letztere auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfs

und ihrer Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge, die in diesem Berufe von Arbeitern auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

§ 2. Als Lohn oder Gehalt gelten auch Renten und Naturalbezüge. Der Werth der letzteren wird nach Durchschnittspreisen in Ansatz gebracht; dieselben werden von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzt.

Eine Beschäftigung, für welche als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird, gilt im Sinne dieses Gesetzes nicht als eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung.

Durch Beschluss des Bundesraths wird bestimmt, inwieweit vorübergehende Dienstleistungen als Beschäftigung im Sinne dieses Gesetzes nicht anzusehen sind.

§ 3. Auf Beamte des Reichs und der Bundesstaaten, auf die mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten von Kommunalverbänden, sowie auf Personen des Soldatenstandes, welche dienstlich als Arbeiter beschäftigt werden, finden die Bestimmungen des § 1 keine Anwendung.

Dasselbe gilt von solchen Personen, welche vom Reich, von einem Bundesstaat oder einem Kommunalverband Pensionen oder Wartegelder im Höchstbetrage der Invalidenrente beziehen, oder welchen auf Grund der reichsgerichtlichen Bestimmungen über Unfallversicherung der Bezug einer jährlichen Rente von mindestens demselben Betrage gesteht.

§ 4. Anders als die unter § 3 erwähnten Personen, welche in Betrieben des Reichs, eines Bundesstaates oder eines Kommunalverbandes beschäftigt werden, genügen der gesetzlichen Versicherungspflicht durch Beteiligung an einer für den betreffenden Betrieb bestehenden besonderen Einrichtung, durch welche ihnen eine den Vorschriften dieses Gesetzes mindestens gleichkommende Fürsorge gesichert ist, sofern bei der betreffenden Einrichtung folgende Voraussetzungen zu treffen:

a) Die Beiträge der Versicherten dürfen, soweit sie für die Alters- und Invalidenversicherung entrichtet werden, den dritten Theil des für Alters- und Invalidenrente rechnungsmäig erforderlichen Bedarfs, sowie die Hälfte der Verwaltungskosten und der Rücklagen zum Reservefonds nicht übersteigen.

b) Diejenige Zeit, während welcher die bei solchen Einrichtungen beteiligten Personen vor dem Eintritt ihrer Beteiligung eine nach § 1 die Versicherungspflicht begründende anderweitige Beschäftigung ausgeübt haben, ist denselben bei Berechnung der Wartezeit in Anrechnung zu bringen. Dasselbe gilt für die Bezeichnung der Höhe der Rente, in soweit diese den nach § 17 zu bemessenden Betrag nicht übersteigt.

c) Über den Anspruch der einzelnen Befreiungen auf Gewährung von Alters- und Invalidenrente muss ein schiedsgerichtliches Verfahren unter Mitwirkung von Vertretern der Versicherten zugelassen sein.

Der Bundesrat bestimmt, welche Einrichtungen (Pensions-, Alters-, Invalidenkassen) den vorstehenden Anforderungen entsprechen. Den vom Bundesrat anerkannten Einrichtungen dieser Art wird ein Drittheil der von ihnen zu gewährenden Alters- und Invalidenrente, soweit sie den Betrag der reichsgerichtlich zu zahlenden Rente nicht übersteigen, aus Reichsmittel vergütet (§ 14).

Denjenigen Personen, welche aus der die Beteiligung bei solchen Einrichtungen begründende Beschäftigung ausscheiden und in eine andere, die Versicherungspflicht nach § 1 bedingte Beschäftigung überreten, ist bei Berechnung der reichsgerichtlichen Alters- und Invalidenrente die Dauer ihrer Beteiligung bei solchen Einrichtungen in Anrechnung zu bringen. Für die Dauer dieser Beteiligung haben die betreffenden Einrichtungen die Rente antheilig zu übernehmen. Umgekehrt sind denselben die von ihnen zu gewährenden Rente, soweit diese den Betrag der reichsgerichtlichen Rente nicht übersteigen, von den auf Grund dieses Gesetzes errichteten Versicherungsanstalten für diejenige Zeitdauer zu erstatten, während welcher die Rentenempfänger bei den letzteren beschäftigt waren.

§ 5. Durch Beschluss des Bundesraths kann bestimmt werden, dass und inwieweit die Bestimmungen des § 3 Absatz 1 auf Beamte, welche von anderen öffentlichen Verbänden oder Körperschaften mit Pensionsberechtigung angestellt sind, sowie die Bestimmungen des § 4 auf Mitglieder anderer Einrichtungen, welche die Alters- und Invalidenversorgung zum Gegenstand haben, Anwendung finden sollen.

§ 6. Denjenigen Personen, welche aus der Versicherungspflicht ausscheiden, bleibt die aus dem bisherigen Versicherungsverhältnisse sich ergebende Anwartschaft auf Fürsorge für Alter und Erwerbsunfähigkeit in dem in den §§ 10 bis 19 festgesetzten Umfang vorbehalten.

Dies gilt jedoch nur für den Zeitraum von je fünf Kalenderjahren, einschließlich dessen Kalenderjahres, in welchem zuletzt Versicherungsbeiträge entrichtet worden sind. Nach Ablauf dieses Zeitraums sind die durch das bisherige Versicherungsverhältnis begründeten Ansprüche erloschen.

Gegenstand der Versicherung.

§ 7. Gegenstand der Versicherung ist der Anspruch auf Gewährung einer Alters-beziehungsweise Invalidenrente.

Altersrente erhält, ohne dass es des Nachweises der Erwerbsunfähigkeit bedarf, derjenige Versicherte, welcher das 70. Lebensjahr vollendet hat.

Invalidenrente erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter derjenige Versicherte, welcher nachweislich dauernd erwerbsunfähig ist.

Als erwerbsunfähig gilt derjenige, welcher in Folge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht im Stande ist, durch die gewöhnlichen Arbeiten, welche seine bisherige Berufstätigkeit mit sich bringt, oder durch andere, seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Arbeiten den Mindestbetrag der Invalidenrente zu erwerben.

§ 8. Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk oder eines weiteren Kommunalverbandes für seinen Bezirk oder Theile desselben kann, sofern dafelbst nach Herkommen der Lohn von Arbeitern ganz oder zum Theil in Form von Naturalleistungen gewährt wird, bestimmt werden, dass die Rente der in diesem Bezirk wohnenden Rentenempfänger bis zu drei Dritteln ihres Beitrages ebenfalls in Form von Naturalleistungen zu gewähren ist. Auf die Feststellung des Wertes der letzteren findet § 2 entsprechende Anwendung. Die statutarische Bestimmung bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Denjenigen Personen, welchen wegen gewohnheitsmäßiger Trunksucht nach Anordnung der zuständigen Behörde geistige Getränke in öffentlichen Schankstätten nicht verabfolgt werden dürfen, ist die Rente in derjenigen Gemeinde, für deren Bezirk eine solche Anordnung getroffen worden ist, auch ohne dass die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, ihrem vollen Beitrage nach in Naturalleistungen zu gewähren.

In den vorstehend bezeichneten Fällen geht der Anspruch auf die Rente zu demjenigen Betrage, in welchem Naturalleistungen zu gewähren sind, auf den Kommunalverband, für dessen Bezirk eine solche Bestimmung getroffen ist, über, wogenen diesem die Leistung der Naturalien obliegt. Der Kommunalverband hat dem Bezugsberechtigten hieron Mitteilung zu machen. Derselbe ist berechtigt, binnen zwei Wochen nach der Zustellung dieser Mitteilung die Entscheidung der Communalaufsichtsbehörde anzuheben; die Entscheidung der letzteren ist endgültig. Auf demselben Wege werden alle übrigen Streitigkeiten entschieden, welche aus der Anwendung dieser Bestimmungen zwischen dem Bezugsberechtigten und dem Kommunalverbande entstehen.

Sobald der Übergang des Anspruchs auf Rente endgültig feststeht, hat auf Antrag des Kommunalverbandes der Vorstand der Versicherungsanstalt die Postverwaltung hieron rechtzeitig in Kenntniß zu sehen.

§ 9. Ist der Berechtigte ein Ausländer, so kann er mit dem dreifachen Betrage der Jahresrente abgefunden werden.

Der Anspruch auf Rente ruht, so lange der Berechtigte nicht im Inlande wohnt, eine Freiheitsstrafe verbüßt

oder so lange er in einem Arbeitslager oder in einer Besserungsanstalt untergebracht ist.

#### Voraussetzungen des Anspruchs.

§ 10. Zur Erlangung eines Anspruchs auf Alters- und Invalidenrente ist, abgesehen von dem nach § 7 beizubringendem Nachweise des geschicklich vorgesehenen Alters beziehungswise der Erwerbsunfähigkeit, erforderlich:

a) die Zurücklegung der vorgeschriebenen Wartezeit (§§ 12 und 13);

b) die Leistung von Beiträgen (§§ 14 bis 16).

§ 11. Ein Anspruch auf Invalidenrente steht denjenigen Versicherten nicht zu, welche ermeidlich die Erwerbsunfähigkeit sich vorzüglich zugezogen haben. Dasselbe gilt von solchen Personen, welche ihre Erwerbsunfähigkeit durch Beteiligung an einer Schlägerei oder einem Kaufhandel verschuldet oder bei Begehung eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens sich zugezogen haben.

Denjenigen Personen, welchen hiernach ein Anspruch auf Invalidenrente nicht zusteht, kann mit Zustimmung des Reichsministers (§ 48) ein Theil der Rente aus Billigkeitsgründen vorübergehend oder dauernd bewilligt werden, sofern sie mindestens während zehn Beitragsjahren (§ 13) Beiträge zur Alters- und Invalidenversicherung entrichtet haben.

#### Wartezeit.

§ 12. Die Wartezeit (§ 10) beträgt:

1) bei der Altersrente 30 Beitragsjahre (§ 13),

2) bei der Invalidenrente 5 Beitragsjahre.

Solchen Personen, welche vor Ablauf der Wartezeit erwerbsunfähig werden, kann auf ihren Antrag mit Zustimmung des Reichsministers aus Billigkeitsgründen eine Rente bis zur Höhe des Mindestbetrages der Invalidenrente gewährt werden, sofern sie die gesetzlichen Beiträge während mindestens eines Beitragsjahrs geleistet haben. Eine solche Bewilligung ist jedoch unzulässig, wenn der Erwerbsunfähige erst zu einer Zeit, in welcher seine Erwerbsfähigkeit bereits beschränkt war, in eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung eingetreten ist, und Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, dass dies in der Absicht geschehen ist, um den Anspruch auf Rente zu erwerben.

§ 13. Bei Berechnung der Wartezeit gelten als Beitragsjahr (§ 12) 47 volle Beitragswochen (§ 15). Hierbei werden die Beitragswochen, auch wenn sie in verschiedene Kalenderjahre fallen, bis zur Erfüllung des Beitragsjahrs zusammengezählt.

Solchen Personen, welche nachdem sie eine regelmäßige, die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung begonnen hatten, wegen befehliger, mit Erwerbsunfähigkeit verbundener Krankheit für die Dauer von sieben oder mehr auf einander folgenden Tagen verhindert gewesen sind, diese Beschäftigung auszuüben, oder befehlige Erfüllung der Militärpflicht in Friedens-, Mobilmachungs- oder Kriegszeiten zum Heere oder zur Flotte eingezogen gewesen sind, oder in Mobilmachungs- oder Kriegszeiten freiwillig militärische Dienstleistungen verrichtet haben, werden diese Zeiten, soweit es sich um die Erfüllung der Wartezeit handelt, als Beitragszeiten in Anrechnung gebracht.

#### Aufbringung der Mittel.

§ 14. Die Mittel zur Gewährung der Alters- und Invalidenrente werden vom Reich, von den Arbeitgebern und von den Versicherten zu je einem Drittel aufgebracht.

Die Aufbringung erfolgt seitens des Reiches durch Uebernahme von einem Drittel derjenigen Gesamtbeiträge, welche an Renten in jedem Jahre tatsächlich zu zahlen sind, seitens der Arbeitgeber und der Versicherten durch laufende Beiträge.

§ 15. Die Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten sind vom Arbeitgeber für jede Kalenderwoche zu entrichten, in welcher der Versicherte eine die Versicherung begründende Beschäftigung ausgeübt hat (Beitragswoche).

Findet die Beschäftigung nicht während der ganzen Kalenderwoche bei demselben Arbeitgeber statt, so ist von demjenigen Arbeitgeber, welcher der Versicherten zuerst beschäftigt, falls die Beschäftigung länger als drei Tage währt, der volle Wochenbeitrag, andernfalls der halbe Wochenbeitrag zu entrichten. Findet im letzteren Falle in derselben Kalenderwoche seitens anderer Arbeitgeber eine weitere Beschäftigung statt, durch welche die Gesamtdauer der Beschäftigung auf mehr als drei Tage erhöht wird, so ist von demjenigen Arbeitgeber, welcher den Versicherten nach Vollendung des dritten Arbeitstages zuerst beschäftigt, gleichfalls ein halber Wochenbeitrag zu entrichten.

Sofern die Zahl der tatsächlich verwendeten Arbeitszeit nicht festgestellt werden kann, ist der Beitrag für diejenige Arbeitszeit zu entrichten, welche zur Herstellung der Arbeit annähernd für erforderlich zu erachten ist. Im Streifzufall entscheidet auf Antrag eines Theils die untere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Versicherungsanstalt (§ 27) ist berechtigt, für die Berechnung derartiger Beiträge besondere Bestimmungen zu erlassen. Dieselben bedürfen der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts.

§ 16. Die Höhe der für die Beitragswoche zu entrichtenden Beiträge ist für jede Versicherungsanstalt darin im voraus festzustellen, dass durch die Beiträge die Verwaltungskosten, die erforderlichen Rücklagen zum Reservefonds und zwei Drittel des Kapitalwertes der der Versicherungsanstalt durch Renten voraussichtlich erwachsenden Belastung gedeckt werden. Die Feststellung des Beitrages folgt für männliche und weibliche versicherte Personen besonders, im übrigen aber für alle in der betreffenden Versicherungsanstalt versicherten Personen einheitlich, sofern nicht auf Antrag eine verschiedene Bemessung der Beiträge für einzelne Versicherungsanstalten erfolgt (§ 81). (Forts. folgt.)

#### Deutschland.

△ Berlin, 8. Juli. Die Broschüre, welche über die Krankheit des Kaisers Friedrich und deren ärztliche Behandlung von dem einen Theile der Arzte herausgegeben wird, erscheint hier im Verlage der Hofbuchhandlung von R. Decker, sechs Druckabgen. stark, wahrscheinlich bis zur Mitte, jedenfalls aber in der zweiten Hälfte der nächsten Woche.

Im Nachlafe des Kaisers Friedrich befand sich auch eine große Sammlung kostbarer Weine, welche in letzter Zeit um äußerst hohen Preis zur Stärkung des kranken Monarchen angekauft worden waren. Die Kaiserin-Wittwe Victoria hat nun den Befehl ertheilt, dass diese Weine den Berliner Spitäler zugewiesen werden, um dort gleichfalls Schwerkranken als Lubung zu dienen. Die Kaiserin erklärte, sie könne es nicht ertragen, zu denken, dass diese Weine jemals bei fröhlichem Gelage auf die Tafel kommen sollten, nachdem sie ihre schöne Bestimmung, den Kaiser Friedrich zu ergänzen, nicht erfüllen konnten.

\* [Der Kaiser als Regiments-Commandeur.] Als am Sonnabend das 3. Garde-Ulanen-Regiment in Potsdam zu dem regelmäßigen Regiments-Ercreire Morgens 7.15 Uhr auf dem Bornstedter Felde in Rendezvous-Stellung stand, näherte sich vom rechten Flügel Kaiser Wilhelm II. in Begleitung eines Flügel-Adjutanten dem Regiment und sprengte nach kurzer Unterredung mit dem zur Meldung des Regiments dem Kaiser entgegen gerittenen Commandeur des Regiments, Oberstleutnant v. Alesi, vor die Front, zog den Gobel und übernahm mit den Worten: „Das Regiment hört auf mein Commando“ persönlich die Führung der noch abgesessenen stehenden 5 Eskadrons. Mit dem Signal: „Aufgesessen“ leitete, wie die „Kreuz-Jtg.“ berichtet, der hohe Herr ein anderthalbstündiges flottes Exercire, in welchem eine Reihe reglementarischer Formen zum Ausdruck kamen,

ein, führte an der Spitze des Regiments eine Echelon-Attacke gegen eine vom Lehr-Infanterie-Bataillon dargestellte Infanterie-Schützenlinie aus und setzte sich persönlich zum Schlusse an die Tete der im Paradermarsch im Galopp vorbei desfilierenden Eskadrons.

\* [Denkmal für Prinz Friedrich Karl.] Ueber die für diesen Sommer in Aussicht genommene Aufführung und Enthüllung des von dem 3. Armee-Corps dem verstorbenen Prinzen Friedrich Karl gewidmeten Denkmals in Frankfurt a.O. meldet die „Fr. O.-Jtg.“, dass alles so weit vorbereitet ist, dass die Enthüllung am Schlachttage von Vionville, 16. August, erfolgen könnte. Bestimmung darüber hat aber nur der Kaiser zu treffen, dessen Entscheidung die Sache unterbreitet ist.

\* [Um die politische Hinterlassenschaft Kaiser Friedrichs.] Insbesondere um die Correspondenzen von San Remo soll es sich bei der bereits erwähnten 1½ stündigen Audienz gehandelt haben, welche am Donnerstag Nachmittag das Staatsministerium bei der Kaiserin Victoria gehabt hat.

\* [Der frühere Cabinetsrath v. Wilmowski] hat sich vorgestern einer Augenoperation bei professor Dr. Schweiger in Berlin mit vorläufig günstigem Erfolge unterzogen.

\* [Pfarrer Thümmler.] Von „gut unterrichteter Seite“ wird dem „Westf. Merk.“ mitgetheilt, dass von Berlin aus an die Landräthe von Gelnhausen und Bochum die Weisung ergangen sei, ein ferneres Auftreten des Pfarrers Thümmler in geschlossenen Vereinen und Arbeitervereinen zu verhindern.

\* [Die Schuhmärsche am Marmorspalais in Potsdam.] Der sogenannte Hofbericht nimmt gegen die vom „Reichsboten“ colportirten Attentatsgerüchte wie folgt Stellung: Im Publikum ist vielfach die Meinung verbreitet, dass während des gegenwärtigen Aufenthaltes der Majestäten im Marmorspalais zu Potsdam dort besondere Sicherheitsmaßregeln getroffen und die Wachtposten verstärkt worden wären. Es ist dies jedoch keineswegs der Fall. Nach wie vor wird die Wache am Eingange des Neuen Gartens vom 1. Garde-Regiment in der gewöhnlichen Stärke beauftragt. Von dieser 250 Schritt entfernt, auf dem nach dem Marmorspalais führenden Hauptwege, begegnet man einem Militärposten, welcher nur gegen Legitimationsscheine die Passage nach dem Marmorspalais gestattet. Von hier aus sind zwei patrouillirende Posten commandirt, die Aileen des Neuen Gartens zu beiden Seiten des Hauptweges abzupatrouilliren, um zu verhindern, dass das Publikum sich etwa zu sehr dem Marmorspalais nähert, da die kaiserliche Familie bei schönem Wetter den größten Theil des Tages im Freien zu verbringen pflegt. Der Dienst vor dem Marmorspalais wird von einem Feldwebel der Schloßgarde-decompagnie versehen. Nach allem kann also wohl von besonderen Maßregeln nicht gut die Rede sein.

\* [Wirkung des Kunstbutter-Gesetzes.] Hinsichtlich des Geschäfts mit Kunstbutter behauptet der Jahresbericht der Handelskammer zu Dresden, dass sich trotz oder vielleicht gerade in Folge des Kunstbutter-Gesetzes eine Steigerung desselben merklich gemacht habe; es sei also gerade das Gegenteil von dem eingetreten, was von dem Erlaß jenes Gesetzes erwartet wurde. — Das haben wir manchmal vorhergesagt. Sind doch erst während der damaligen Diskussion über das Kunstbutter-Gesetz die weitesten Kreise auf die zum Theil recht guten Eigenschaften der Kunstbutter aufmerksam geworden.

\* [Eine neue Erfindung auf dem Gebiete der Zerstörungskunst.] Das Anerbieten einer anscheinend sehr wichtigen Erfindung ist dem Kriegsministerium dieser Tage von Ingenieuren des Auslands gemacht worden. Es handelt sich angedeutet um ein neues Werk der dynamischen Zerstörungskunst, das mit unheimlicher Geschwindigkeit ganze Festungen, Bollwerke und Forts zu vernichten im Stande sein soll. Wenn die Wirkung den Schilderungen der Ingenieure entsprechen würde, so könnte die Erfindung unter Umständen eine völlige Ummührung im Artilleriewesen herbeiführen und die Maximischen Augenspritzer wären gegen das neue furchtbare Werkzeug nur eine „Spielerie“. Die Sache wird zur Zeit noch geheim gehalten.

Dazu bemerkt die „Volks-Ztg.“: Ob vorstehende Mitteilung eines Berichterstatters begründet ist, vermögen wir nicht zu beurtheilen; wir hoffen indeß, dass sie sich bestätigt und dass hiermit die Aera der Zerstörungswerze nicht abgeschlossen ist. Wenn es erst gelingt, mit einem Ruck ganze Festungen und ganze Heere in die Luft zu sprengen, so ist es mit dem Kriege einsatz zu Ende.

Potsdam, 7. Juli. Dem hiesigen Magistrat und der Stadtverordneten-Dversammlung ist auf die anlässlich des Ablebens des Kaisers Friedrich an den Kaiser Wilhelm gerichtete Adresse folgendes allerhöchste Dankesbriefe zugegangen:

„Mit ernster Weimuth habe Ihre Zuschrift empfangen, in welcher Sie mir Ihr Beileid an dem Hinscheiden Meines heiligsten Herrn Vaters, Gr. Majestät des in Gott ruhenden Kaisers und Königs Friedrich, zu erkennen gegeben. Es hat mir wohlgethan, dass Sie den Entschlesen, welcher in Seiner Geburtsstadt Potsdam mit Vorliebe weilte, dort, wo Er im Kreise seiner Familie so viele glückliche Stunden verlebte, wo Ihm von der Bevölkerung nur Liebe und Vertrauen entgegengebracht wurde, ein treues Andenken bewahren, und dass Sie den schweren Verlust, der Mich betrifft, entgegenbringen. Ich danke Ihnen aufrichtig für diese warme Theilnahme, welche Mich um so mehr bewegt hat, als auch Ich an dem Wohle der Stadt und ihrer Bewohner ein lebhaftes Interesse nehme.“

Marmorspal., den 29. Juni 1888. Wilhelm.“

Oberhof i. Thür., 7. Juli. Die Hier



### Bekanntmachung.

Sonntag Abend 11 Uhr entschläft unter guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der frühere Schiff-Captain

**David Braun**

im Alter von 71 Jahren.

Die traurigen hinterbliebenen.

Danzig, den 9. Juli 1888.

Die Beerdigung findet

Freitag, Vormittag 9/2 Uhr,

von der Leichenhalle des

neuen Bartholomäi-Kir-

ches aus statt.

(6935)

### Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvorsteigerung soll das im Grundbuch von Blumfelde, Band I, Blatt 1 auf den Namen der Rittergutsbesitzer Rudolf und Eugenie geb. Camp-Holtzschens Eheleute eingetragene, im Kreise Verent begleigte Rittergut

am 21. August 1888,

Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 2671,23 M. Neimertrag und einer Fläche von 1550,82 Hektar zur Grundsteuer, mit 672 M. Nutzungsverhältnis zum Gebäudesteuer veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweismittel, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung I, eingesehen werden.

Das Urteil über die Ertheilung des Aufschlags wird

am 21. August 1888,

Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 15, verkündet werden.

(6914)

Pr. Stargard, den 3. Juli 1888.

Königl. Amtsgericht I.

### Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvorsteigerung soll das im Grundbuche von Althaus Band I, Blatt 1, auf den Namen des Rittergutsbesitzers Franz v. Ottowksi und der beiden Geschwister Eva und Eugen v. Ottowksi eingetragene, in Althaus belegene Grundstück

Rittergut am 10. September 1888,

Vormittags 9/2 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1443,48 M. Neimertrag und einer Fläche von 319,44,38 Hektar zur Grundsteuer, mit 396 M. Nutzungsverhältnis zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweismittel, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung I, eingesehen werden.

Das Urteil über die Ertheilung des Aufschlags wird

am 11. September 1888,

Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 15, verkündet werden.

(6917)

Königliches Amtsgericht.

### Concursverfahren.

Über den Nachlass des Gutsbesitzers Wilhelm Hagemann zu Lipow wird heute ab 6. Juli 1888, Vormittags 12 Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Der Deacon Johannes Lang jun. in Graudenz wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 1. September 1888 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlusshaltung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und einstretenden Fällen über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 25. Juli 1888,

Vormittags 11 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 21. Septbr. 1888,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer 13, Ternin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben nichts an den Gemeinschaftsnern zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehe der Sache und von den Forderungen für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 15. August 1888 Anzeige zu machen.

(6905)

Graudenz, den 6. Juli 1888.

Königliches Amtsgericht.

### Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns M. C. Kriete in Neustadt Weißpr. ist zur Prüfung der nachträglich eingewobten Forderungen Zeitraum auf

Donnerstag, d. 30. August 1888,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgericht hier selbst, Zimmer Nr. 10, anberaumt.

Neustadt Wpr., d. 30. Juni 1888.

Jäger,

Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

(6918)

### Bekanntmachung.

Der Bedarf an Heu für die Pferde der hiesigen Feuerwehr und Feuerlöschung für die Zeit vom 1. Oktober cr. bis ult. September 1889, welcher voraussichtlich in ca. 1200 Centnern bestehen wird, soll an den Mindestfördernden ausgegeben werden.

Verseigerte Dierarten sind bis spätestens am 20. Juli cr. Vormittags 10 Uhr, bei dem Herrn Gladbach Charles, Ankerschmiede-

Gasse Nr. 14, einzureichen, wobei es auch vorher die Bedingungen einzuhalten und zu unterschriften sind.

Danzig, den 22. Juni 1888.

Die Feuer-, Nachtwach-

u. Straßenreinigungs-

Deputation. (6970)

### Bekanntmachung.

In unserm Gesellschafts-Register ist heute sub Nr. 208 und 358 bei der Gesellschaft Aug. Wolff & Co. und A. Fischer Jr. folgender Vermerk eingetragen:

Die Gesellschaft ist durch gegenseitige Uebereinkunft aufgelöst. Der Kaufmann August Martin Eduard Wolff jetzt das Handelsgeschäft unter unveränderter Firma fort. Demnächst sind ebenfalls heute in unserm Firmenregister sub Nr. 1509 und Nr. 1510 die Firmen Aug. Wolff & Co. in Danzig und A. Fischer Jr. in Althausland als deren Inhaber der Kaufmann August Martin Eduard Wolff in Danzig eingetragen.

Endlich ist gleichfalls heute in unserem Procurien-Register sub Nr. 395 die Procura des Carl Gustav Gack für die Firma Aug. Wolff & Co. gestellt. (6941)

Danzig, den 5. Juli 1888.

Königl. Amtsgericht X.

### Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 4. Juli 1888 ist an denselben Lage in unserm Firmenregister eingetragen worden:

a. zu Nr. 84:

Die Firma Benjamin Herberg in Alt-Aschau ist erloschen;

b. unter Nr. 263:

Die Firma B. Herberg, als

Inhaber Kaufmann August

Herberg in Alt-Aschau

und als Ort der Nieder-

lassung Alt-Aschau. (6988)

Pr. Stargard, den 4. Juli 1888.

Königliches Amtsgericht.

### Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Stadt- ausdruck in Danzig, gemäß § 5 des Regulatius, zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Kreis-(Stadt)- ausdrücken vom 28. Februar 1884 während der Zeit vom 21. Juli bis 1. September d. J. Ferien hält und daß nach Abschluß des vorwähnnten Paragraphen während der Ferien nur leidende Sachen zur mündlichen Verhandlung gelangen dürfen. (6926)

Danzig, den 7. Juli 1888.

Der Stadtausschuk.

### Bekanntmachung.

Der für den hiesigen Ort von dem unterzeichneten Eisenbahn-Betriebs-Amt bestellte Rollführer, Herr Heinrich Hüttner, Poststelle 25, ist nach dem mit ihm abgeschlossenen Vertrage außerhalb der mit der Eisenbahn bei der Güter-Expedition Danzig legte Thor angekommenen Gütgüter auch verpflichtet, die vor Verbindung mit der Eisenbahn vom Bahnhof Danzig legte Thor bestimmten Gütgütern aus den vorgenannten reis. Geschäftskontoren oder Magazinen der Verfender abzuholen und zu festgestellen, bei den Güter-Expedition Danzig legte Thor resp. bei den Rollfächtern einzulehnen Säcken einzugehen werden.

Zugleich über die Ertheilung des Aufschlags wird

am 11. September 1888,

Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 15, verkündet werden.

(6917)

Pr. Stargard, den 3. Juli 1888.

Königliches Amtsgericht.

### Concursverfahren.

Über den Nachlass des Gutsbesitzers Wilhelm Hagemann zu Lipow wird heute ab 6. Juli 1888, Vormittags 12 Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Der Deacon Johannes Lang jun. in Graudenz wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 1. September 1888 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlusshaltung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und einstretenden Fällen über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 25. Juli 1888,

Vormittags 11 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 21. Septbr. 1888,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer 13, Ternin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben nichts an den Gemeinschaftsnern zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehe der Sache und von den Forderungen für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 15. August 1888 Anzeige zu machen.

(6905)

Graudenz, den 6. Juli 1888.

Königliches Amtsgericht.

### Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns M. C. Kriete in Neustadt Weißpr. ist zur Prüfung der nachträglich eingewobten Forderungen Zeitraum auf

Donnerstag, d. 30. August 1888,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgericht hier selbst, Zimmer Nr. 10, anberaumt.

Neustadt Wpr., d. 30. Juni 1888.

Jäger,

Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

(6918)

### Bekanntmachung.

Der Bedarf an Heu für die Pferde der hiesigen Feuerwehr und Feuerlöschung für die Zeit vom 1. Oktober cr. bis ult. September 1889, welcher voraussichtlich in ca. 1200 Centnern bestehen wird, soll an den Mindestfördernden ausgegeben werden.

Verseigerte Dierarten sind bis spätestens am 20. Juli cr. Vormittags 10 Uhr, bei dem Herrn Gladbach Charles, Ankerschmiede-

Gasse Nr. 14, einzureichen, wobei es auch vorher die Bedingungen einzuhalten und zu unterschriften sind.

Danzig, den 22. Juni 1888.

Die Feuer-, Nachtwach-

u. Straßenreinigungs-

Deputation. (6970)

### Bekanntmachung.

Der Bedarf an Heu für die Pferde der hiesigen Feuerwehr und Feuerlöschung für die Zeit vom 1. Oktober cr. bis ult. September 1889, welcher voraussichtlich in ca. 1200 Centnern bestehen wird, soll an den Mindestfördernden ausgegeben werden.

Verseigerte Dierarten sind bis spätestens am 20. Juli cr. Vormittags 10 Uhr, bei dem Herrn Gladbach Charles, Ankerschmiede-

Gasse Nr. 14, einzureichen, wobei es auch vorher die Bedingungen einzuhalten und zu unterschriften sind.

Danzig, den 22. Juni 1888.

Die Feuer-, Nachtwach-